

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Kristan Freiherr von Waldenfels

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Dr. Martin Brunnhuber

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Nicole Bäumlner

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Antrag der Abgeordneten Kristan Freiherr von Waldenfels, Maximilian Böttl, Daniel Artmann u. a. (CSU)**

**Finanzielle Bildung an allen Schulen stärken (Drs. 19/9483)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Kristan Freiherr von Waldenfels für die CSU-Fraktion. Bitte sehr.

**Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die jüngste Trendstudie zur Jugend in Deutschland im Jahr 2025 der Universität Potsdam konstatiert: 14- bis 29-jährige Jugendliche bzw. junge Menschen in Deutschland haben zu einem Fünftel – ich wiederhole es noch einmal: zu einem Fünftel – Konsumschulden. Aufgrund neuer Finanzdienstleistungen und der Möglichkeit, ganz einfach beim Bezahlvorgang Schulden aufzunehmen, stellen wir im Alltag der Menschen in unserem Land eine veränderte Situation fest. Im Freistaat Bayern ist die ökonomische Bildung als Alltagskompetenz in der Tat bereits integraler Bestandteil der Erziehungsziele und auch in all unseren Lehrplänen schulartübergreifend verankert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist aber seit jeher unser Bestreben, gerade in einer Länderkernkompetenz wie der Bildung im Freistaat Bayern, dort, wo wir gut sind, noch besser zu werden. Insofern legen wir heute diesen Antrag mit dem Ziel vor, erstens in den verschiedenen Bereichen im Hinblick auf die neuen Finanzdienstleistungen die Bildung und die Bildungsinhalte weiter zu schärfen und – das ist womöglich noch wesentlicher – zweitens darüber hinaus Praxisinhalte einfließen zu lassen. Gemeinsam mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, der Stiftung Bildungspakt Bayern, den Lehrerverbänden sowie den

Banken- und Finanzdienstleistungsverbänden erarbeiten wir auf Grundlage dieses Antrags ein Konzept, das einfach, praxisorientiert und praxisnah in den Schulen eingesetzt werden kann. Wir haben in den verschiedenen Regierungsbezirken bereits unterschiedliche Angebote und wollen diese durch Pilotschulen in jedem Regierungsbezirk noch weiter in die Fläche bringen.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Frage der finanziellen Bildung nicht nur darüber entscheidet, ob jeder und jede Einzelne am wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes gleichermaßen teilhaben kann, sondern auch dazu beiträgt, dass womöglich solche, die in ihrem Leben weiterkommen und sich etwas aufbauen wollen, die entsprechende Kompetenz dazu besitzen. Wir stellen vor diesem Hintergrund fest, dass die private Altersvorsorge im demografischen Wandel von immer größerer Bedeutung ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke allen, die an diesem Antrag mitgewirkt haben, ausdrücklich auch den Akteuren außerhalb des Landtags. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung, so wie es im Bildungsausschuss bereits einstimmig geschehen ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Oskar Atzinger von der AfD vor.

**Oskar Atzinger (AfD):** Sehr geehrter Herr Kollege von Waldenfels, wie Sie bereits gesagt haben, wurde dem Antrag im Ausschuss einstimmig zugestimmt. Es ist durchaus etwas ungewöhnlich, dass ein im Ausschuss einstimmig beschlossener Antrag auch im Plenum behandelt wird.

(Lachen bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Das müssen Sie nach dem Theater gerade sagen! – Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Das machen Sie andauernd!)

Konnten Sie sich bei Ihrer Fraktionsspitze nicht durchsetzen? – Der Antrag ist ja nicht im Namen der Fraktion eingebracht worden. Konnte die Fraktionsspitze also nicht davon überzeugt werden, dass dieser Antrag im Namen der Fraktion gestellt werden darf?

(Michael Hofmann (CSU): So ein Quatsch! Sie werden gleich sehen, dass wir zustimmen werden!)

**Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU):** Herr Atzinger, schließen Sie nicht von sich auf andere.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Antrag trifft selbstverständlich auf Zustimmung der Fraktion. Das wird auch gleich deutlich werden. Es ist im Gegenteil unser aller Anliegen – auch unserer Fraktionsführung und unseres Fraktionsvorstands –, deutlich zu machen, wie wichtig uns dieses Thema ist. Deshalb wird es hier im Hohen Hause noch einmal behandelt.

(Beifall bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig!)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Freiherr von Waldenfels. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Oskar Atzinger für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Oskar Atzinger (AfD):** Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Magnum vectigal est parsimonia. – Sparsamkeit ist eine große Einnahmequelle.

(Unruhe bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Lächerlich! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): "Si tacuisses...!")

Das Zitat stammt von Cicero. Der vorliegende Antrag von 20 Hinterbänklern

(Zurufe von der CSU: Oh!)

und einer Ministerin der CSU zur Stärkung der finanziellen Bildung an Bayerns Schulen ist ein vernünftiger Antrag, dem die AfD-Fraktion bereits im Ausschuss für Bildung und Kultus zugestimmt hat.

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Deshalb werden wir auch heute zustimmen; denn eines ist unbestreitbar: Der verantwortungsvolle Umgang mit Geld gehört zu den grundlegenden Fähigkeiten, die junge Menschen für ein selbstbestimmtes Leben benötigen. Wer die eigene Haushaltsführung nicht beherrscht, die Risiken von Krediten und Schulden nicht einschätzen kann oder keine Kenntnisse über Sparen, Vermögensaufbau und Altersvorsorge besitzt, wird später erhebliche Schwierigkeiten haben, wirtschaftlich eigenverantwortlich zu handeln. Genau deshalb ist finanzielle Bildung keine Nebensache, sondern eine wichtige Lebenskompetenz. Richtig ist auch die Feststellung im Antrag, dass gerade neue digitale Finanzangebote und scheinbar unkomplizierte Modelle wie "Jetzt kaufen, später bezahlen" junge Menschen schnell in finanzielle Schwierigkeiten bringen können. Wer früh lernt, Chancen und Risiken finanzieller Entscheidungen abzuwägen, ist besser vor Überschuldung und Fehlentscheidungen geschützt.

Wenn wir diesem Antrag zustimmen, dürfen wir aber sicher auch die Frage stellen: Warum kommt diese Erkenntnis eigentlich erst jetzt? – Bis 2018 stellte die CSU jahrzehntelang den Bildungsminister in Bayern. Wenn finanzielle Bildung so wichtig ist, und darin sind wir uns einig, muss man doch feststellen, dass über viele Jahrzehnte hinweg etwas versäumt wurde.

(Michael Hofmann (CSU): Ach Quatsch!)

Es ist ja nicht so, als wären die Probleme plötzlich vom Himmel gefallen. Die Herausforderungen durch Konsumkredite, Überschuldung, Altersvorsorge oder Vermögensbildung sind seit Langem bekannt. Dennoch wurden Generationen von Schülern durch das Bildungssystem geschleust, ohne dass finanzielle Grundbildung den Stellenwert erhalten hätte, den sie verdient.

Heute erkennen zumindest die Hinterbänkler der CSU diesen Nachholbedarf. Das ist zwar begrüßenswert, gleichzeitig aber auch ein Eingeständnis früherer Versäumnisse.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): So ein Käse!)

Für die AfD ist der verantwortungsvolle Umgang mit Geld ein zentraler Wert.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Vor allem bei den Mitarbeitern! – Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dies gilt für den Einzelnen ebenso wie für den Staat. Wir erwarten von den Bürgern, dass sie ihre Finanzen solide führen, Rücklagen bilden und nicht dauerhaft über ihre Verhältnisse leben. Genau dieselben Maßstäbe sollten allerdings auch für die Politik gelten. Wer jungen Menschen Sparsamkeit, solide Haushaltsführung und wirtschaftliche Vernunft vermitteln möchte, sollte diese Tugenden auch im staatlichen Handeln vorleben.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Wie steht es mit der Veruntreuung von Parteigeldern? – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Finanzielle Bildung bedeutet deshalb mehr als das Erlernen einiger Fachbegriffe. Sie bedeutet, den Wert von Arbeit, Eigentum, Ersparnissen und persönlicher Verantwortung zu verstehen. Sie bedeutet auch zu erkennen, dass Wohlstand nicht durch Schuldenmachen entsteht, sondern durch Leistung, Fleiß und kluge Entscheidungen.

Positiv bewerten wir den Praxisbezug des Antrags. Die Einbeziehung regionaler Banken, Sparkassen, Verbraucherzentralen und weiterer fachkundiger Partner kann helfen, finanzielle Bildung lebensnah und verständlich zu vermitteln, ohne die ohnehin stark belasteten Lehrkräfte zusätzlich zu überfordern. Auch die geplante Evaluation im Rahmen eines Pilotprojekts erscheint sinnvoll.

Finanzielle Bildung stärkt Eigenverantwortung, wirtschaftliche Kompetenz und Zukunftssicherheit. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag. Gleichzeitig erinnern wir die CSU daran, dass sie den heute festgestellten Handlungsbedarf maßgeblich selbst zu verantworten hat. Besser spät als nie, aber eben auch deutlich später als notwendig. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist der Kollege Dr. Martin Brunnhuber für die FREIEN WÄHLER.

**Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Finanzielle Bildung ist eine Schlüsselkompetenz, und zwar für ein selbstbestimmtes und gelingendes Leben. Wer mit Geld verantwortungsvoll umgehen kann, wer Konsumententscheidungen reflektiert trifft, wer spart, vorsorgt und Risiken einschätzen kann, ist besser auf Herausforderungen des Alltags vorbereitet. So viel zur Theorie.

Die Praxis, meine Damen und Herren, schaut aber ganz anders aus: In der Praxis wischen die Kinder und jungen Erwachsenen auf dem Handy herum, suchen nach vorgefertigten Lösungen, sind aber kaum in der Lage, Entscheidungen im Konsumverhalten abzuschätzen. Das ist die Realität, und deshalb ist der Antrag gut so, wie er ist.

Wir müssen die jungen Erwachsenen heranzuführen an ein Leben, das genügend Fallstricke bietet, um in eine Falle zu tappen, sich hoch zu verschulden oder auch für das Alter keine Vorsorge zu treffen. Bei der Anschaffung eines neuen Handys stellt

sich ganz einfach die Frage: Soll man es mit Sofortzahlung oder soll man es mit Ratenzahlung kaufen? Die Konsequenzen sind nur schwer abzuschätzen. Deshalb ist es auch gut, dass wir die Lerninhalte, die jetzt schon in unseren Lehrplänen etabliert sind, noch mit Praxisbeispielen und Erfahrungen aus der Praxis ergänzen.

Wir müssen in der finanziellen Bildung die Schlüsselkompetenzen zum selbstbestimmten Lernen und Leben verankern. Das sind zum Beispiel die Abschätzung von Konsumausgaben, die Haushaltsplanung, Sparen, Kredite und der Vermögensaufbau. Meine Damen und Herren, da starten wir nicht bei null, sondern wir sind schon sehr weit fortgeschritten. Finanzielle Bildung ist in allen Lehrplänen verankert. Wir haben bereits feste Bestandteile der ökonomischen Bildung in allen Schularten, und wir haben ein bundesweit anerkanntes Konzept mit Alltagskompetenzen, auf das wir aufbauen können.

Inhalte in den Lehrplänen sind der Umgang mit Geld, Verbraucherentscheidungen, wirtschaftliches Handeln auf Märkten, Sparformen, Vermögensbildung, Grundlagen zu Anleihen und Aktien, festverzinslichen Anlagen und die Verbindung von individueller Finanzkompetenz und volkswirtschaftlichen Zusammenhängen. Der Praxisbezug wird durch Kooperationen mit außerschulischen Partnern verstärkt. Dazu gehören jetzt schon beispielsweise die Sparkassen. Als Beispiele muss man auch das "Planspiel Börse" oder die aktuelle Expertise aus der Praxis im Unterricht von regionalen Finanzanbietern oder regionalen Verbraucherschutzorganisationen herausheben.

Bewährte Unterstützungssysteme finden wir vor. Sie sind auch etabliert, zum Beispiel im Arbeitskreis SCHULEWIRTSCHAFT Bayern oder in den Angeboten der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Diese hohe Wertschätzung der Zusammenarbeit von Schule mit externen Partnern macht ein gelingendes System gut. Noch besser wird das System dadurch, dass es mit Praxisbeispielen angereichert wird. Hierzu zählt in erster Linie die enge Kooperation unserer Lehrkräfte mit externen Bildungspartnern.

Zum Schluss möchte ich noch eines herausgreifen: Wir würden es nicht schaffen, wenn wir nicht alle hier in diesem Zusammenhang eng zusammenarbeitenden Akteure auch wirklich so verzahnen würden, dass etwas Gutes herauskommt. Ich danke allen Akteuren in der Schule, allen Lehrkräften, die die jungen Leute heranzuführen. Ich danke auch meinem Kollegen Felix von Zobel, der gesagt hat, ich solle ihm einfach einmal danken. – Also, danke schön! Ich danke aber auch allen externen Partnern, die hier gute Arbeit leisten.

Finanzielle Bildung ist unverzichtbar. In Bayern ist sie bereits gut verankert. Bewährte Strukturen können genutzt werden. Das Ziel ist, die Angebote weiter auszubauen und junge Menschen zu verantwortungsvoller finanzieller Bildung und einem guten finanziellen Umgang zu bringen. – Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich danke Ihnen, Herr Dr. Brunnhuber. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Gabriele Triebel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Gabriele Triebel (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt bin ich am Überlegen, wem ich danken soll. Ich danke ganz vielen, und ich danke am besten meiner Mama. – Verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen, um ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben führen zu können, braucht man natürlich Geld und einen guten, umsichtigen Umgang damit. Um das richtig zu lernen, braucht es auch die Schule.

Vor vier Jahren haben wir, die GRÜNEN, eine Schülerbefragung zum Thema berufliche Bildung und Alltagskompetenzen durchgeführt. Ich möchte einige Ergebnisse daraus vorstellen: In der Befragung haben acht von zehn Schülerinnen und Schülern in Bayern angegeben, sie wünschten sich im Unterricht mehr Berücksichtigung der finanziellen Bildung; denn der Umgang mit Geld sei für die Jugendlichen ein wesentli-

cher Bestandteil ihres Alltags. Das haben wir gerade auch vom Kollegen Brunnhuber gehört.

In Bezug auf Finanzprodukte, beispielsweise Versicherungen, gaben 54 % der Schülerinnen und Schüler an Gymnasien sowie an Berufs- und Fachoberschulen an, dass eine derartige Bildung nie stattfinde; 30 % gaben an, dass eine solche Bildung selten stattfinde. Bei den Mittel- und Realschüler:innen verhält es sich ähnlich: Dort gaben 42 % an, eine solche Bildung finde selten statt; 32 % gaben an, dass sie nie stattfinde und nicht vorhanden sei.

Bei der öffentlichen Vorstellung dieser Ergebnisse haben wir GRÜNE ganz klar gefordert, dass in die finanzielle Bildung an Bayerns Schulen besser investiert und sie besser abgebildet werden muss, dass also betreffende Fortbildungen der Lehrkräfte absolut notwendig sind, dass Kooperationen mit unabhängigen externen Expertinnen und Experten aufgebaut und die Lehrpläne in den einzelnen Klassenstufen entsprechend angepasst werden sollen.

Unsere Forderungen sind nun von den Regierungsfractionen eins zu eins übernommen worden. Mit diesem Antrag stimmen Sie unseren Forderungen also zu. Es freut mich ungemein, dass wir in diesem Hohen Haus diesen grünen Erfolg haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Umsetzung der Forderungen hätte ich mir aber noch etwas mehr Präzisierung im Antragstext gewünscht. Der Kollege von Waldenfels hat es in seiner Rede zwar etwas näher ausgeführt, aber wir glauben, dass die Stiftung Bildungspakt Bayern mit der Durchführung eines Modellprojektes beauftragt werden sollte, weil damit auch gleich eine wissenschaftliche Begleitung und dann natürlich auch eine Evaluation des Modellversuchs möglich gemacht werden können.

Ich betone an dieser Stelle aber auch, dass es mit einzelnen Projektwochen nicht getan ist. Stattdessen braucht es wirklich eine dauerhafte Verankerung im Unterricht

und unabhängige, neutrale Partner wie Verbraucherzentralen oder Schuldnerberatungen statt Banken und Sparkassen. – Dem Antrag stimmen wir zu, auf dessen Umsetzung sind wir gespannt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Das Wort hat die Kollegin Gabi Schmidt, FREIE WÄHLER.

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Ich möchte keine Frage stellen, ich möchte mich für die Einsicht bei den GRÜNEN bedanken –

**Gabriele Triebel (GRÜNE):** Einsicht?

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** – und hätte die Bitte, dass Sie diese Studie oder diese Befragung, die Sie gemacht haben, auch Frau Sengl zukommen lassen; denn ich werde nie vergessen, wie sich Frau Sengl als Einzige gegen die Vermittlung von Alltagskompetenzen gewehrt und gesagt hat: Das hätten bayerische Schüler nicht nötig, das könnte jede Familie. – Ich möchte euch gratulieren, Gabi, dass ihr da jetzt auch aufrückt.

**Gabriele Triebel (GRÜNE):** Verehrte Kollegin Gabi Schmidt, ich kann nur auf meinen eigenen Antrag verweisen. Ich habe gefordert, dass die Alltagskompetenzen nicht nur mit einer Projektwoche in der Grundschule und einer Projektwoche in der weiterführenden Schule bis inklusive Klasse 9 vermittelt werden, sondern dass sie in jeder Klassenstufe vermittelt werden. Ich hoffe, dass ihr FREIEN WÄHLER – denn ursprünglich hattet ihr ein ganz neues Fach in der Schule gefordert – euch wenigstens da gegenüber eurem Koalitionspartner durchsetzen könnt,

(Michael Hofmann (CSU): Oh!)

dass wir in jeder Klassenstufe eine Projektwoche für die Alltagskompetenzen bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was sollen wir in der Schule noch alles machen?)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Nicole Bäumlner für die SPD-Fraktion. Bitte, Sie haben das Wort.

**Nicole Bäumlner (SPD):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass junge Menschen lernen müssen, mit Geld umzugehen, da sind wir uns alle einig. Die Zahlen sind alarmierend. Wie Kollege von Waldenfels bereits erwähnt hat, lebt rund ein Fünftel aller 14- bis 29-Jährigen mit Schulden. "Buy now, pay later", Klarna und Co. machen Verschuldung leider so einfach wie einen Mausklick. Dagegen müssen wir die jungen Menschen wappnen, und deshalb stimmen auch wir diesem Antrag zu.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU, bevor Sie sich jetzt aber mit diesem Antrag als die Entdeckerinnen und Entdecker der finanziellen Bildung etablieren wollen, schauen wir doch einmal in die Lehrpläne: Bayern hat bereits ökonomische Verbraucherbildung, und zwar als fächerübergreifendes Bildungsziel in allen Schularten und für alle Jahrgangsstufen. Bayern hat auch das Programm "Schule fürs Leben" – das wurde schon mehrfach angesprochen –, das Alltagskompetenzen und Lebensökonomie mit den verschiedenen Handlungsfeldern umfasst, darunter beispielsweise auch selbstbestimmtes Verbraucherverhalten. Dieses Programm wurde erst zum Schuljahr 2024/2025 ausgeweitet und wird gerade evaluiert. Das heißt also: Die Strukturen sind eigentlich vorhanden.

Jetzt kommen wir aber zu dem Punkt, der uns bei dem Antrag dann doch auch ein bisschen hellhörig werden lässt. Sie fordern nämlich in diesem Antrag – Zitat –, "die bestehenden Kooperationsmöglichkeiten von Schulen mit externen Partnern" zu liberalisieren. Wen meinen Sie damit eigentlich? – Sie meinen die "regionale Banken- und Sparkassenlandschaft" und – ich zitiere an dieser Stelle – "spezialisierte Start-ups".

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die KMK hat erst im Juli 2025 ihre Empfehlung zur Verbraucherbildung bekräftigt, und darin steht klipp und klar: "Verbraucherbildung ist frei von wirtschaftlichen Interessen und ermöglicht unternehmensunabhängig" den Erwerb von Kompetenzen. Der Beutelsbacher Konsens – Überwältigungsverbot und Kontroversitätsgebot – muss gelten.

Als Lehrerin sage ich Ihnen: Banken sind nun einmal nicht neutral. Sie haben ein handfestes wirtschaftliches und geschäftliches Interesse, auch an jungen Kundinnen und Kunden. Das Versprechen werbefreier Angebote klingt nett; aber wer kontrolliert das denn eigentlich? Und welche "spezialisierten Start-ups" sind denn gemeint? Welche Qualitätskriterien gelten? Der Materialkompass des Verbraucherzentrale Bundesverbands, der etablierte Qualitätsstandard für Unterrichtsmaterialien, wird in Ihrem Antrag leider nicht einmal erwähnt.

Mein Kollege Volkmar Halbleib hat im Haushaltsausschuss deswegen völlig zu Recht die Frage gestellt: Was genau soll denn mit dem Pilotprojekt erprobt werden? – Wir haben es heute schon mehrfach gehört: Sieben Schulen für ganz Bayern, in jedem Regierungsbezirk genau eine. Ist das Ihr Ernst? Und das bei ungefähr 6.000 Schulen in ganz Bayern? Der Antrag ist ein bisschen so wie die Angebote, vor denen er warnen will. Die Überschrift klingt sehr verlockend; aber wenn man das Kleingedruckte liest, dann stellt man fest, es fehlt trotzdem ein Stück weit die Substanz. Der Grundgedanke ist aber, wie gesagt, richtig: Wir brauchen finanzielle Bildung. Deswegen stimmen wir diesem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt Zustimmung.

Wer dem Antrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die AfD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD, also das gesamte Hohe Haus. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Oder Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dem Antrag einstimmig zugestimmt worden.